



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die zur Unterbringung von Asylbewerbern und Geflüchteten verwendeten Unterkünfte (Wohncontainer, Hallen in Leichtbauweise, umgewidmete Hotels, Krankenhäuser, Schulen etc.) im Hinblick auf die Energieeffizienz ausnahmslos den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Standards entsprechen und auch im Fall gesetzlicher Verschärfungen keine Ausnahmeregelungen eingeführt werden,
- zu prüfen, ob dazu eine Anpassung der Sonderregelungen in § 246 Baugesetzbuch (BauGB, insbesondere Absätze 8 bis 13) sowie weiterer Gesetze und Verordnungen erforderlich ist.

### Begründung:

Ehrgeizige Ziele im Klimaschutz werden nicht nur von der EU und dem Bundesverfassungsgericht vorgegeben, sondern werden aktiv auch von der Staatsregierung verfolgt. So hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, dass Bayern schon 2040 – also fünf Jahre früher als der Bund – klimaneutral sein soll.<sup>1</sup>

Laut Umweltbundesamt verursacht der Gebäudesektor in Deutschland etwa 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und etwa 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen.<sup>2</sup> Insofern spielt dieser Sektor eine herausragende Rolle für die Erreichung der Klimaziele, daher werden Fragen wie die energetische Sanierung und das Verbot von Heizungen mit fossilen Brennstoffen im Bund wie im Freistaat derzeit intensiv und kontrovers diskutiert.

Aufgrund zahlreicher Fehlanreize befindet sich der Zustrom von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine sowie illegaler Migranten aus zahlreichen Ländern nach Deutschland und Bayern auf anhaltend hohem Niveau. In der wärmeren Jahreszeit ist eine weitere Steigerung absehbar. 152 000 Ukrainer sowie rund 38 700 Asylbewerber sind 2022 nach Bayern gekommen. Laut Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann waren die verfügbaren Unterkünfte bereits im Februar zu mehr als 90 Prozent belegt.<sup>3</sup>

Das politisch in Bund und Ländern selbstverschuldete Erfordernis, immer mehr Menschen mit vorübergehendem und auch längerfristigem Wohnraum versorgen zu müssen, befindet sich schon prinzipiell im Widerspruch zu den Klimazielen, da jeder zusätzliche Bewohner auch zusätzliche Energie verbraucht. Eine spezielle Kollision könnte

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-klimaschutz-energiewende-markus-soeder-energiewersorger-1.5628057>

<sup>2</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/energiesparen/energiesparende-gebaeude#eigentuemer>

<sup>3</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/fluechtlinge-in-bayern-woher-kommen-sie.TW0qPwQ>

sich darüber hinaus ergeben, falls an die Energieeffizienz von Unterkünften für Asylbewerber und Geflüchtete geringere Anforderungen gestellt werden als an Häuser und Wohnungen der Einheimischen.

Ob dies der Fall ist, war der Staatsregierung zumindest bis zur 13. Kalenderwoche nicht bekannt. Auf eine Anfrage zum Plenum antwortete Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann: „Eine Auswertung, wie energieeffizient die vor Ort jeweils eingesetzten Containertypen sind und mit welcher Technik diese jeweils beheizt und ggf. gekühlt werden, liegt dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration nicht vor.“

Vorsorglich wird die Staatsregierung aufgefordert, sich hinsichtlich der Energieeffizienz von Gebäuden für einheitliche Regeln und eine konsistente Praxisanwendung einzusetzen.